

Kleine Anfrage

des Abg. Stefan Teufel CDU

und

Antwort

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren**

Impfstatus in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Liegen Zahlen über den Impfstatus (geimpft, nicht geimpft, welche Impfungen) der Bevölkerung Baden-Württembergs vor und ist hier im Vergleich mit den Vorjahren ein Trend erkennbar?
2. Ist ihr bekannt, ob weiterhin viele Menschen im Land einer Impfung skeptisch gegenüberstehen und falls ja, wie bewertet sie diese Tatsache?
3. Welche Möglichkeiten/Maßnahmen ergreift sie, um die Bevölkerung zu Impfungen zu bewegen?
4. Findet aus ihrer Sicht die sogenannte „Impfprävention“ im Gesundheitswesen in Baden-Württemberg ausreichend Platz?
5. Gibt es aktuelle Informationen zu bestehenden Impfstoffen sowie Gefahren und Risiken für die Bevölkerung bei Impfungen?
6. Was führt aus ihrer Sicht dazu, dass in der Bevölkerung weiterhin Defizite in der Akzeptanz von Impfungen bestehen?

02. 10. 2012

Teufel CDU

Begründung

Schutzimpfungen sind mit die wichtigsten präventiven Maßnahmen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten. In Deutschland gibt es keine Impfpflicht. Umso wichtiger erscheint es, Aufklärungsarbeit zu betreiben, um eine flächendeckende Durchimpfung der Bevölkerung zu erreichen, um Krankheitserreger, wie z.B. Polio, zu eliminieren. Am 27. Oktober 2012 ist zudem Weltpoliotag mit einer Veranstaltung des Polioverbands im Landtag von Baden-Württemberg. Die Kleine Anfrage soll sowohl den aktuellen Stand zu Schutzimpfungen allgemein und im Speziellen als auch die geplanten Maßnahmen der Landesregierung offenlegen.

Antwort

Mit Schreiben vom 31. Oktober 2012 Nr. 0141.5/15/2454 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Liegen Zahlen über den Impfstatus (geimpft, nicht geimpft, welche Impfungen) der Bevölkerung Baden-Württembergs vor und ist hier im Vergleich mit den Vorjahren ein Trend erkennbar?

Zeitreihen zum Impfstatus der Bevölkerung liegen flächendeckend aus Erhebungen der Gesundheitsämter im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes vor, bei denen der Impfstatus nach § 34 Abs. 11 Infektionsschutzgesetz anhand der Impfdokumente der Kinder erhoben wird. Die Ergebnisse dieser Erhebungen aus den letzten 10 Jahren wurden mit Datenstand vom 22. August 2012 im Rahmen der Kleinen Anfrage des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU (Drucksache 15/2237) dargestellt. Neuere Daten liegen nicht vor, insofern wird auf die Antwort zu Ziffer 1 der vorgenannten Drucksache verwiesen.

2. Ist ihr bekannt, ob weiterhin viele Menschen im Land einer Impfung skeptisch gegenüberstehen und falls ja, wie bewertet sie diese Tatsache?

Konkrete Angaben zum Anteil der Menschen, die im Land einer Impfung skeptisch gegenüberstehen, liegen nicht vor. Aus den Erhebungen im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen kann dieser Anteil über die Anzahl der ungeimpften Kinder jedoch grob abgeschätzt werden. So waren bei der Einschulungsuntersuchung 2011 von den 92 % der Kinder, zu denen ein Impfbuch vorgelegt wurde, landesweit nur 1,3 % nie gegen Tetanus geimpft und 5,9 % nie gegen Masern. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass der tatsächliche Anteil der Eltern, die Impfungen skeptisch gegenüberstehen, etwas höher liegt, da einer Untersuchung des Landesgesundheitsamtes zufolge, die Eltern der Kinder, für die kein Impfbuch vorgelegt wird, zu einem höheren Anteil gegenüber Impfungen kritisch eingestellt sind.

Personen, die Impfungen gegenüber zurückhaltend, fragend oder skeptisch eingestellt sind, lehnen Schutzimpfungen überwiegend nicht grundsätzlich ab. Im Zusammenhang mit der Impfentscheidung kommt daher der neutralen sachlichen Aufklärung und Beratung durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst oder die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine besondere Bedeutung zu.

3. Welche Möglichkeiten/Maßnahmen ergreift sie, um die Bevölkerung zu Impfungen zu bewegen?

Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren führt seit vielen Jahren Aufklärungskampagnen und Projekte zur Steigerung der Impfquoten durch. Vor dem Hintergrund des WHO-Ziels der Maserneliminierung

im Jahr 2015 steht dabei die Masern-Impfung im Vordergrund. Zielgruppe der aktuellen Aktivitäten sind Jugendliche und junge Erwachsene, die über verschiedene Kommunikationskanäle wie Plakate und Flyer, aber auch über das Internet und soziale Medien wie Facebook unter dem Motto „Mach den Impfcheck“ erreicht werden sollen.

Im Jahr 2012 fand u. a. ein Video-Impfwettbewerb bei Schulklassen statt, die das Thema „Impfen“ in einem Filmbeitrag darstellen sollten. An dem Wettbewerb beteiligten sich 460 Schüler aus 28 Schulklassen. Das Siegervideo ist auf der Internet-Seite www.mach-den-impfcheck.de eingestellt. Die genannten Aktivitäten werden in Kooperation zwischen dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und der AOK Baden-Württemberg durchgeführt.

Zusätzlich führen die Gesundheitsämter nach § 34 Infektionsschutzgesetz insbesondere in Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindertageseinrichtungen und Schulen Aktivitäten zur Impfaufklärung durch.

4. Findet aus ihrer Sicht die sogenannte „Impfprävention“ im Gesundheitswesen in Baden-Württemberg ausreichend Platz?

Wesentliche Rahmenbedingungen zum Thema Impfen wie die Etablierung der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut, die Kostenerstattung für Schutzimpfungen durch die Gesetzlichen Krankenkassen und die Erfassung von Impfnebenwirkungen beruhen auf bundesgesetzlichen Vorgaben.

In die Umsetzung auf Landesebene sind insbesondere die niedergelassenen Ärzte und Betriebsärzte eingebunden, die die Impfungen durchführen sowie der Öffentliche Gesundheitsdienst, dem eine wesentliche Rolle beim Thema Impfaufklärung und -förderung zukommt. Impfaufklärung erfolgt zusätzlich durch die Krankenkassen.

Das Thema Impfen wird insofern von einer weiten Bandbreite an Akteuren im Gesundheitsbereich aufgegriffen.

5. Gibt es aktuelle Informationen zu bestehenden Impfstoffen sowie Gefahren und Risiken für die Bevölkerung bei Impfungen?

Umfangreiche Informationen zu den in Deutschland zugelassenen Impfstoffen sind über das Internet-Angebot des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), das als Bundesinstitut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit gehört, unter www.pei.de zugänglich.

Im Rahmen des Zulassungsverfahrens von Impfstoffen erfolgt eine umfangreiche klinische Prüfung hinsichtlich ihrer Verträglichkeit. Aufgrund der Studiengröße von einigen tausend bis 10.000 Impfungen können sehr seltene Nebenwirkungen dabei nicht erfasst werden. Daher wird die Beobachtung der Verträglichkeit nach der Zulassung fortgesetzt, um gegebenenfalls sehr seltene Nebenwirkungen oder Langzeiteffekte erkennen zu können.

Für Impfstoffe bestehen in Deutschland nach der Zulassung verschiedene gesetzliche und berufsrechtliche Meldepflichten für den Verdacht auf Nebenwirkungen (unerwünschte Arzneimittelwirkungen). Nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 und § 8 Infektionsschutzgesetz ist der Arzt bzw. Heilpraktiker verpflichtet, den Verdacht auf Impfkomplicationen dem Gesundheitsamt zu melden. Daneben besteht eine Meldepflichtung des Zulassungsinhabers und/oder pharmazeutischen Unternehmers nach § 63 b Arzneimittelgesetz. Zusätzlich sind Ärzte und Apotheker nach ihren jeweiligen Berufsordnungen verpflichtet, unerwünschte Arzneimittelwirkungen der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft bzw. der Arzneimittelkommission der deutschen Apotheker zu melden.

Die nach dem Infektionsschutzgesetz gemeldeten Daten werden über das Landesgesundheitsamt an das Robert Koch-Institut übermittelt und dort infektionsepidemiologisch ausgewertet. Anschließend werden die Daten zusammen mit den Meldungen der Zulassungsinhaber und/oder pharmazeutischen Unternehmer durch das PEI erfasst, bewertet und gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikoab-

wehr und Risikoprävention getroffen. Mit den beiden Arzneimittelkommissionen besteht ein Datenaustausch.

Die Meldungen zu Impfnebenwirkungen können in der öffentlich zugänglichen sogenannten UAW-Datenbank auf der Homepage des PEI abgerufen werden. In einem Bericht über die gemeldeten Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen der Jahre 2004 und 2005 schätzt das PEI eine Melderate von 3 Verdachtsfällen pro 100.000 verkauften Impfstoffdosen. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen unerwünschtem Ereignis und Impfung wurde vom PEI bei 58 % aller Ereignisse als „möglich“, bei 6 % als „wahrscheinlich“ und bei 0,4 % als „gesichert“ eingeschätzt. Insgesamt ist etwa die Hälfte aller gemeldeten Impfreaktionen vorübergehender Natur und führt zur vollständigen Wiederherstellung. Damit ergibt sich nach Einschätzung des PEI ein positives Risiko-Nutzen-Verhältnis für die auf dem Markt befindlichen Impfungen.

Eine Einschätzung der Gefahren und Risiken von Impfungen kann auch anhand der nach § 60 Infektionsschutzgesetz anerkannten Versorgungsansprüche in Folge eines Impfschadens vorgenommen werden. Da Impfungen neben dem individuellen Gesundheitsschutz auch im Interesse der gesamten Bevölkerung stehen, sieht das deutsche Infektionsschutzrecht vor, aufgetretene Komplikationen im Rahmen staatlicher Versorgungsleistungen zu entschädigen. In Baden-Württemberg wurden in den Jahren 2005 bis 2009 jährlich zwischen 23 und 41 Anträge auf Anerkennung eines Impfschadens gestellt, davon wurden zwischen 2 und 7 Impfschäden anerkannt. Für Deutschland ergibt sich für den Zeitraum von 2005 bis 2009 eine Rate anerkannter Impfschadensfälle von 0,044 pro 100.000 Einwohner.

Insgesamt können Impfstoffe als sicher und gut verträglich eingestuft werden. Wie auch bei anderen Arzneimitteln können dennoch unerwünschte Wirkungen auftreten, die in der Regel jedoch leichter und vorübergehender Natur sind. In seltenen oder sehr seltenen Fällen können auch schwerwiegende Folgen auftreten.

6. Was führt aus ihrer Sicht dazu, dass in der Bevölkerung weiterhin Defizite in der Akzeptanz von Impfungen bestehen?

Die Einstellung gegenüber Impfungen wird durch verschiedene strukturelle und organisatorische Faktoren im Gesundheitswesen, aber auch Beweggründe aus dem persönlichen Umfeld wie soziale, kulturelle, weltanschauliche, religiöse und psychologische Aspekte beeinflusst. Auf der Suche nach leicht zugänglichen Informationen gewinnt das Internet zunehmend an Bedeutung. Zum Preis des Informationsangebotes des Internets gehört es allerdings, dass über impfkritische Internet-Auftritte und Foren nicht qualitätsgesicherte Angaben und Behauptungen leicht zu finden sind und zu einer Verunsicherung in breiten Schichten der Bevölkerung beitragen. Wie bereits unter Ziffer 2 ausgeführt ist daher die neutrale sachliche Aufklärung und Beratung von besonderer Bedeutung.

Altpeter

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren